

BUCHBESPRECHUNGEN

R. M. MacIver: „Regierung im Kräftefeld der Gesellschaft“, Verlag der Frankfurter Hefte, Frankfurt/Main, 1952, 462 S., Preis 24.80 DM.

Das menschliche Handeln ist von einer besonderen Eigenart und kann in zwei große Gruppen eingeteilt werden: die Techniken und die Mythen. Unter Techniken werden die Methoden und Fertigkeiten verstanden, die den Menschen befähigen, über Dinge und Personen nach freiem Ermessen zu verfügen, und unter dem Begriff Mythen sollen die „wertdurchtränkten Glaubensmeinungen und Überzeugungen.“ der Menschen gemeint sein, an denen sie festhalten, „durch die oder für die sie leben“. So stellt M a c I v e r einleitend fest und kennzeichnet damit das Verhältnis zwischen Mensch und Regierung schon in seiner ganzen Vielfältigkeit. Es kann daher, so sagt er, auch keine eigentliche Wissenschaft von der Regierung geben, weil es sich bei der Funktion des Regierens nicht um eine systematisierbare Technik handelt, sondern um eine Kunst, die die feingegliederte Welt der Mythen beachten muß.

Eingehend untersucht Maelver die Entstehung der Regierung. Die für die Regierungstätigkeit typische Funktion der Herrschaft sei bereits in der Familie gegeben, in der die Geschlechterbeziehungen, die Eigentumsverhältnisse, die Erziehung bestimmten Ordnungsvorstellungen angemessen sind und bei der es sich sozusagen um einen „Miniaturherrscherbereich“ handele. Eine lange Entwicklung hat uns von der Familie zum Staat geführt, dessen „Verwaltungsorgan“ die Regierung ist. Ihr fällt die Aufgabe zu, „die Politik zu konkretisieren“. Wenn wir feststellen können, daß am Anfang — beispielsweise in der Familie — Aufgaben und Art der „Regierungstätigkeit“ sich noch von der notwendigen Funktion her ergaben und überschaubar waren, so beobachten wir heute eine zunehmende Institutionalisierung des Regierens, die verbunden ist mit einer Erweiterung und Zentralisierung der Autorität. Geht man von der Überlegung MacIvers aus, daß die für eine Regierung notwendige Autorität weder in der Macht an sich noch in einem Gesellschaftsvertrag (Hobbes, Locke, Rousseau) verankert ist, sondern ihre tiefsten Wurzeln in den Mythen suchen muß, dann kommt der den modernen Staat gleichfalls kennzeichnenden Institutionalisierung des Mythos große Bedeutung zu. Diese Entwicklung zur „Entpersönlichung“ schreitet fort, „je weiter der

Träger der Autorität von seinen Mitmenschen forttrückt“.

Ausführlich befaßt sich Maelver mit den Grundlagen der Autorität. Das Recht, sagt er, sei das wichtigste Merkmal einer Gesellschaft. Spricht man dabei von einem „Firmament des Rechts“, so unterstreicht diese Kennzeichnung die Gefahr der Einseitigkeit einer Betrachtungsweise, die das „Recht“ sozusagen nur als einen soziologischen Tatbestand sieht, ohne den prinzipiellen Unterschied zwischen dem jeweils geltenden materiellen Recht und dem Recht im Sinne einer wertbestimmten Vorstellung von der Gerechtigkeit zu beachten, deren Verwirklichung eine dauernde Aufgabe bleibt und deren Ziele sich nur aus einer Wertordnung ergeben können, keineswegs aber lediglich aus der Funktion des materiellen Rechts unter irgendwelchen gesellschaftlichen Bedingungen ableitbar sind.

Die Autorität wird als das zugestandene Recht umschrieben, das Handeln anderer zu bestimmen. Im historischen Staat war die Autorität bestimmt durch die Macht, das Eigentum und den sozialen Status der Menschen und Gruppen. Das Wesen der sozialen Macht im modernen Staat wird dagegen nicht mehr ausschließlich vom Eigentum und dem sozialen Status, sondern von der Bürokratie, den Spezialisten, der Publizistik, der persönlichen „Autorität“ einzelner und anderen Faktoren mitgeformt. So gesehen, stellt sich die Regierung nur als ein Aspekt der Macht unter vielen dar, obwohl sie allein das Recht der direkten Zwangsanwendung hat. In einer kritischen Erörterung marxistischer Auffassungen kommt Maelver zu dem Ergebnis, daß auch wirtschaftliche Macht allein nicht zu einer Beherrschung der Gesellschaft führt, ohne damit ihre Bedeutung verringern zu wollen.

Interessant und treffend ist eine Darstellung der Machtpyramiden in einer durch das Kastenwesen geprägten Gesellschaft, in der Oligarchie und der Demokratie. Der demokratischen Gesellschaft der Gegenwart entspricht der technische und kulturelle Fortschritt, und ihre besonderen Merkmale sind die Vielgestaltigkeit der Interessen in der industriellen Gesellschaft, das Emporsteigen bisher unterdrückter Gruppen und Klassen und die Differenzierung und Vermehrung gesellschaftlicher Gruppen. An der Spitze der Machtpyramide der demokratischen Gesellschaft stehen die politischen Führer und die Leiter großer Massenorganisationen.

Ein dritter Abschnitt des Buches wendet sich den Regierungsformen zu, die unter den

Gesichtspunkten der Verfassungsform, der Wirtschaftsform, der Gemeinschaftsform und der Souveränitätsstruktur einander gegenübergestellt werden. Die Demokratie sei, so meint der Verfasser, eng mit der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung verknüpft und müsse die Möglichkeit haben, langsam zu wachsen und sich von unten herauf zu entwickeln. In der modernen Gesellschaft sei es aber allein der Demokratie möglich, ein Zusammenspiel von Staat und Gesellschaft zu erreichen, das auf freier Übereinstimmung beruht. Eine bedeutende Rolle bei der damit verbundenen Organisation der öffentlichen Meinung weist MacIver den politischen Parteien zu, die in ihrer Wichtigkeit vielleicht etwas überschätzt werden, gerade wenn man den engen Kontakt zwischen Staat und Bürger im Auge hat. — An den Beispielen der UdSSR, der lateinamerikanischen Staaten, der faschistischen und nationalsozialistischen Zeit macht MacIver deutlich, daß gegenüber der Demokratie jede Diktatur durch ein Auseinanderklaffen von Gesellschaft und Staat gekennzeichnet ist, weil sie die freie Entfaltung von Gruppen und Einzelnen nicht gestattet. Nach einer Erörterung der Revolutionen und ihrer Bedeutung für den Formwandel der Regierung kommt der Verfasser auf die technischwirtschaftlichen Veränderungen im „sozialen Unterbau“ der modernen Gesellschaft zu sprechen und vermerkt dazu, welchem Wandel damit andererseits auch die Regierungsgeschäfte unterworfen seien, in welchem Umfang die eigentliche Regierungstätigkeit vielfach von der Bürokratie übernommen worden sei und daß den Funktionen der allgemeinen Wohlfahrt und der Wirtschaftskontrolle heute stärkste Beachtung geschenkt werden müsse.

MacIver sieht eine Notwendigkeit modernen Regierens darin, eine internationale Ordnung aufzubauen, und er befaßt sich daher zusammenfassend und auf die gegenwärtige Situation der Welt übergehend mit den Erfahrungen, die bei den verschiedenen Versuchen, zu einer überstaatlichen Regelung bestimmter Fragen zu kommen, gesammelt wurden. Er zieht daraus den Schluß, die UNO habe nur dann eine Aussicht auf eine erfolgreiche Arbeit, wenn sie die Fähigkeit zur Einheit entwickle.

In einer Schlußbetrachtung wendet sich MacIver noch einmal der Stellung des Menschen in der Gesellschaft zu, zeichnet ein Bild unserer heutigen vielfach gegliederten Gesellschaftsordnung mit ihrem Mechanismus und warnt eindringlich davor, die Lebensfähigkeit der demokratischen Regierungsform -dadurch aufs Spiel zu setzen, daß die Regierung eine Kontrolle des kulturellen Lebens anstrebt oder durch die Einflußnahme auf die Wirtschaft zu

einer indirekten Zwangslenkung im kulturellen Bereich kommen wolle.

Nimmt man das Buch als Ganzes, so darf gesagt werden, daß es sich vor allem durch Lebendigkeit der Darstellung, die Konzentration vieler und grundlegender Fragen, eine genaue Begriffsbildung und eine völlig undogmatische Betrachtungsweise des Verfassers auszeichnet. Vor allem, für den Leser, der in der Arbeiterbewegung tätig ist, sind einige Gedankengänge MacIvers sehr aufschlußreich, in denen er sich neben der Erörterung der Kernfragen seines Buches von den verschiedensten Gesichtspunkten aus mit dem Marxismus und der Problematik der modernen Massenorganisationen wie der Gewerkschaften und politischen Parteien auseinandersetzt. MacIver macht es seinen Lesern nicht leicht: er zwingt durch die Art seiner Beweisführung und der angesprochenen Fragen dazu, Stellung zu nehmen und weiterzudenken. Nicht zuletzt zeichnet sich das Buch durch das Bemühen des Verfassers aus, nicht nur exakte Analysen zu geben, sondern zu den wichtigsten Fragen zu sagen, wie er selbst sich eine Lösung denkt, ohne den Leser dabei in seinen Gedankengang zwingen zu wollen. Man merkt, welche Bedeutung er den Worten beimißt, die seine Anmerkungen zu den Zielen der demokratischen Regierungsform beschließen: „... Denn wenn über die Aussichten im Leben, über das eigentliche Leben von einzelnen oder Gruppen die Regierung verfügt, dann werden die besonderen Werte und Ideologien der jeweiligen Regierung unweigerlich absolut; sie werden sich unbeugsam der ganzen Gemeinschaft aufzwingen und deren freien Geist zerschlagen.“ Das Buch MacIvers trägt dazu bei, diesen freien Geist lebendig zu erhalten. Ulrich Lohmar.

„Wages Policy Under Full Employment“, Herausgeber und, Übersetzer: Ralph Turvey. Schwedische Verfasser: Erik Lundberg, Rudolf Meidner, Gösta Riehn, Krister Wickman. Verlag William Hodge and Comp., Ltd., London 1952, 88 Seiten.

In Schweden besteht seit vielen Jahren Vollbeschäftigung. Die Position der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften wurde dadurch immer stärker ausgebaut. Mit der Erreichung eines gestellten Zieles sind jedoch nie alle sozialen und volkswirtschaftlichen Probleme ein für allemal gelöst. Es ergeben sich immer wieder Spannungen, die neue Aufgaben stellen. Hierüber wird in den Aufsätzen schwedischer Wirtschaftsexperten, darunter Fachleuten des Gewerkschaftsbundes, diskutiert, die in einer in England herausgegebenen Schrift vorliegen.

Die im ganzen äußerst erfolgreiche schwedische Planungs- und Lenkungs politik hat in verschiedener Hinsicht noch Lücken in bezug auf die stete Überwindung auftauchender Inflationstendenzen gezeitigt. Abgesehen von inflatorischen Auswirkungen vom Weltmarkt her, ist die Kaufkraftsteigerung bei der Masse der Bevölkerung wie auch eine stärkere Zuwendung von Unternehmerkreisen zur konsumtionsmäßigen Verwendung ihrer Einkünfte mehr gestiegen als die Produktionsvermehrung. Die staatliche Preiskontrolle hat nicht alle in Frage kommenden Unternehmen zu ausreichenden, an sich möglichen Produktionssteigerungen, Senkung der Herstellungskosten und Niedrighaltung der Verkaufspreise veranlaßt. Deshalb folgten Lohnforderungen und Lohnerhöhungen, die eine zu hohe Menge umlaufenden Geldes verursachten. Daneben gibt es einen produktionshemmenden Faktor dadurch, daß die starke Nachfrage nach Arbeitskräften die Arbeitnehmer an manchen Stellen zu häufigem Arbeitsplatzwechsel veranlaßte. So entstand die Frage, wie diese Erscheinungen beseitigt werden können, ohne daß an die Stelle einer den Arbeitnehmern gerecht werdenden gewerkschaftlichen Lohnpolitik eine staatliche Lohnregulierung tritt und ohne daß Zwangsmaßnahmen ergriffen werden. Ferner ist zu klären, wie die Unternehmungen zu einer noch stärkeren Produktionssteigerung und zu Kosten- und Preissenkungen bewegt werden können, ohne daß deshalb die erreichte Vollbeschäftigung in Frage gestellt wird.

Einer der vier zu Worte kommenden Experten macht den Vorschlag, in der Frage der Vollbeschäftigung eine gewisse Auflockerung vorzunehmen und durch eine größere Unternehmerfreiheit einen erhöhten Antrieb zur Produktionssteigerung herzustellen. Die drei anderen Fachleute lehnen diese Alternative ab. Der eine weist nach, daß die entstandenen Schwierigkeiten überwunden werden können, indem „zu viel“ Geld, das durch eine Überhöhung von Preisen und Löhnen im Verhältnis zur Warenmenge angezeigt wird, immer wieder rechtzeitig durch weitere Staatsmaßnahmen abgeschöpft wird. Der andere konkretisiert diesen Gedanken in dem Vorschlag, in solchen Fällen die indirekten Steuern auf bestimmte Waren zu erhöhen und die dadurch steigenden Staatseinnahmen an den Stellen einzusetzen, wo eine Verminderung des Beschäftigungsstandes droht. Die Abstufung der indirekten Steuern könne zugleich ein Mittel zur Beeinflussung der Produktivitätssteigerung an erwünschten Stellen bilden. Außerdem könnten überhöhte Profite, die bestimmten Unternehmern im Konkurrenzkampf um die Arbeitskraft die Bewilli-

gung individueller Lohnerhöhungen über die mit den Gewerkschaften vereinbarten Tarifsätze ermöglichen, unterbunden werden. Der dritte unterstreicht noch schärfer, daß Inflationstendenzen eine ausgebaute staatliche Lenkung erfordern, wenn sie sich nicht besonders gegen die Arbeitnehmerschaft auswirken sollen.

Gegenüber anderen Auffassungen wird der von den schwedischen Gewerkschaften eingeschlagene Weg einer zentralen, koordinierten Lohnpolitik auch bei Vollbeschäftigung als durchaus richtige Maßnahme begründet.

Es zeugt von Engstirnigkeit, wenn „Der Arbeitgeber“ vom 15. April 1952 durch Herausplücken einiger Stellen aus der Diskussion ein Fiasko der schwedischen Vollbeschäftigungspolitik ableitet und mit dieser falschen Darstellung eine Warnung vor Einführung der Vollbeschäftigung in Deutschland verbindet. Irmgard Enderle

Christian Gasser: „Der Mensch im modernen Industriebetrieb“, Westdeutscher Verlag Köln und Opladen 1950, 32 S.

Die vorliegende Broschüre ist die Wiedergabe eines Vortrages, den der Verfasser auf der von der Technischen Hochschule Darmstadt unter dem Motto „Der Mensch im Betrieb“ im Juni 1950 veranstalteten Tagung gehalten hat. Sie stellt zugleich den Band I einer unter demselben Titel eröffneten Schriftenreihe dar und ist darum auch gewissermaßen als deren Programm anzusehen. Die neue Buchreihe soll die deutschen Leser mit den Ergebnissen der vom Department of Industrial Research der amerikanischen Harvard University durchgeführten betriebssoziologischen Studien vertraut machen. In den Vereinigten Staaten hat man der Frage der „human relations“ schon seit Jahrzehnten große Aufmerksamkeit gewidmet.

Als Einführung in die Problemstellung der Harvard University und ihre Arbeitsmethoden ist die kleine Schrift von Gasser, der als Professor an der Handelshochschule St. Gallen (Schweiz) wirkt, besonders geeignet. Seine sehr lebendigen Ausführungen vermitteln ein anschauliches Bild von den wissenschaftlichen Grundlagen der vielen amerikanischen Einzeluntersuchungen. Seine prägnanten Bemerkungen zur Interview-Technik, zur Frage der sozialen Rangordnung im Betrieb, zum Problem der betrieblichen Unterführer sowie zu manchen anderen Fragen sind kenntnisreich und anregend. Die Lektüre ist allen zu empfehlen, die an der besseren Gestaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen im Betrieb interessiert sind.

Dr. Egon Tuchtfeldt